A-3-006: Kein US-amerikanischer Drohnenkrieg von deutschem Boden aus!

Antragsteller*innen Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

Bundestagsfraktion und die Grünen Minister*innen dazu auf, sich öffentlich gegen diese Praxis zu positionieren und für eine Beendigung dieser einzusetzen.
Wir verweisen auf den Beschluss der LDV vom 28./29. November 2015 in Idar-Oberstein und fordern endlich dessen Umsetzung anzugehen.

Beschluss der Landesdelegiertenversammlung am 28./29. November 2015 in Idar-Oberstein
Keine Kriegsunterstützung von Rheinland-Pfalz aus
Wir, die Landesdelegiertenversammlung der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, fordern hiermit,
• angesichts des durch Kriege, Bürgerkriege und kriegsähnliche Zustände verursachten Leids, das Menschen zwingt ihre Heimat zu verlassen und in Europa Schutz zu suchen
• in Anknüpfung an die pazifistische Tradition der GRÜNEN
dass
• von rheinland-pfälzischen Boden aus keine direkte oder indirekte Unterstützung von Kriegen, kriegsähnlichen Handlungen und militärischen Provokationen ausgehen soll.
• Bei nachgewiesenen, dauerhaften Durchführungen völkerrechtswidriger oder gegen deutsches Recht verstoßende Aktionen (wie die Steuerung/Koordinierung von Tötungseinsätze durch Drohnen, Zulassen der „Nuklearen Teilhabe“ oder – in der Vergangenheit – Bombardierung durch in RLP stationierte Jets im illegalen Irakkrieg etc.) von in Rheinland-Pfalz stationierten Truppen deren Stationierungsverträge zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet werden.
Die grüne Fraktion, Partei und die grünen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für diese Ziele einzusetzen

Begründung
erschließt sich aus dem Text